

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Die Rolle von Religionen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Für vier von fünf Menschen weltweit hat Religion in ihrem Leben einen hohen Stellenwert. In vielen Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit liegt dieser Wert noch höher. Glaube und Religion sind für sie sinnstiftend und bieten ihnen Orientierung für das eigene Handeln. Eine wertebasierte Entwicklungspolitik, die den einzelnen Menschen ernst nimmt, muss auch seinen Blick auf die Welt ernst nehmen. Folglich sollten auch die religiösen, normativen und kulturellen Gegebenheiten in den Partnerländern systematisch Berücksichtigung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit finden.

Insbesondere im Globalen Süden erfahren religiöse Akteure oftmals deutlich größeres Vertrauen als staatliche Stellen. In Ländern, in denen die staatliche Entwicklungszusammenarbeit aufgrund von Kriegen und Konflikten an ihre Grenzen stößt oder staatliche Strukturen nicht mehr existieren, sind religiöse Akteure weiterhin aktiv und leisten auch in abgelegenen Regionen eine wichtige Arbeit nah an und mit den betroffenen Menschen. Hierbei leisten auch die Hilfswerke der evangelischen und katholischen Kirche einen unverzichtbaren Beitrag. Die Vereinten Nationen und die Weltbank gehen davon aus, dass religiöse Organisationen in Teilen Afrikas für fast die Hälfte aller Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsdienste verantwortlich sind. In vielen Ländern wären eine Gesundheitsversorgung oder ein Bildungssystem ohne den Beitrag von Religionsgemeinschaften undenkbar.

Religionsgemeinschaften besitzen große gesellschaftliche Gestaltungskraft, die zur Akzeptanz, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit beitragen kann. Viele der weltweiten nachhaltigen Entwicklungsziele – die Sustainable Development Goals (SDGs) – wie die Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen sowie inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung lassen sich nur mit und nicht ohne oder sogar gegen religiöse Akteure erreichen. Nachhaltige Entwicklung und ein friedliches Zusammenleben können langfristig nur gelingen, wenn die unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräfte zusammenwirken. Zu ihnen zählen ganz entscheidend religiöse Akteure. Deshalb sind Religionen und Religionsgemeinschaften dort, wo sie Teil der Lösung, und insbesondere einer besseren, wirksameren Lösung sind, regelmäßig in Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen.

Zugleich ist die Ambivalenz von Religion aber nicht zu verkennen. Religiöse Autoritäten können Brandlöscher und Brandbeschleuniger sein. Religionsgemeinschaften können Verfolgte und Verfolgende sein. Religionen werden manchmal zur Absicherung von Macht, zur Unterdrückung von kritischen Meinungen und zur Vermeidung von demokratischen Reformen instrumentalisiert. Folglich kommt es darauf an, dort, wo Religionen Teil des Problems sind, sie auch zum Teil der Lösung zu machen.

Beispiele aus der Entwicklungszusammenarbeit unterstreichen die Notwendigkeit einer konstruktiven Auseinandersetzung mit religiösen Akteuren. So konnten 2020 in Gemeinden in Mali gemeinsam mit 100 religiösen Autoritäten in nur einem Jahr 400 Mädchen vor der Genitalverstümmelung bewahrt werden.

Die von Deutschland 2016 initiierte „International Partnership on Religion and Sustainable Development“ (PaRD) leistet im internationalen Kontext einen wichtigen Beitrag, in dem sie die Zusammenarbeit von über 165 religiösen und anderen zivilgesellschaftlichen, staatlichen, multilateralen und akademischen Akteuren fördert und unterstützt. Deutschland nimmt damit weltweit eine führende Rolle in der Zusammenarbeit von religiös motivierten Entwicklungs- und staatlichen Akteuren ein.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf,
 1. das Sektorvorhaben „Religion für nachhaltige Entwicklung“ der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH auch über die aktuelle Laufzeit (03.2023 bis 02.2025) mindestens für drei weitere Jahre finanziell ausreichend abzusichern;
 2. die Multi-Akteurspartnerschaft „International Partnership on Religion and Sustainable Development“ (PaRD) mit ihren etablierten Strukturen zu verstetigen und mindestens für drei weitere Jahre finanziell ausreichend abzusichern sowie weitere Unterstützer als Partner zu gewinnen, damit Deutschland seine Vorreiterrolle auch langfristig wahrnehmen kann;
 3. bei Erstellung von Länder- und Sektorstrategien die Rolle von Religionen und den religiösen Akteuren stärker zu berücksichtigen und entsprechende Akteursanalysen zur Verfügung zu stellen;
 4. im Rahmen von Regierungsverhandlungen die Rolle von Religion und religiösen Akteuren stärker zu berücksichtigen und dort, wo Angehörige von Religionsgemeinschaften von Verletzungen und Einschränkungen ihrer Religionsfreiheit betroffen sind, dieses Recht einzufordern;
 5. die Religious Literacy – die Kompetenz zu religionsbezogenen Themen – in Bundesministerien und den deutschen Auslandsbehörden zu erhöhen sowie das Fachwissen bei den staatlichen Durchführungsorganisationen auszubauen, um einen professionellen Umgang mit Religion in der deutschen Entwicklungspolitik zu gewährleisten;
 6. die Anzahl der Vorhaben, in denen religiöse Akteure einbezogen werden können, zu erhöhen und die entsprechenden lokalen Partnerschaften auszubauen, um die Akzeptanz, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Projekte zu verbessern und die lokale Verankerung von Entwicklungszusammenarbeit zu stärken.

Berlin, den 16. Januar 2024

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion